

Die Belastung muss für Ellwangen erträglich bleiben

CDU besucht Landes-Erstaufnahmestelle und trifft sich im „Lamm“ zum Austausch

Von Josef Schneider

ELLWANGEN-SCHREZHEIM - Die CDU hat am Mittwoch die Landes-Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) besichtigt und anschließend zum Austausch ins „Lamm“ nach Schrezheim eingeladen. Teilnehmer der Veranstaltung monierten die Überbelegung der LEA, das Taschengeld, den Alkohol und die Unsitten von einigen Asylbewerbern sowie die gestiegene Kriminalität – und traten für mehr LEAs, mehr Polizeipräsenz, mehr Knigge, mehr Wertevermittlung, einen Zapfenstreich und eine Beschleunigung der Asylverfahren ein.

Ein Flüchtling kostet den deutschen Steuerzahler im Schnitt zwischen 7000 und 13 000 Euro im Jahr, je nach Bundesland, legte Bundestagsabgeordneter Roderich Kiesewetter dar: „In diesem Jahr werden wir 450 000 Flüchtlinge aufnehmen.“ In der Türkei hingegen kostete die Betreuung eines Flüchtlings nur 2000 Euro. Kiesewetter hat Flüchtlingsunterkünfte in Jordanien, Tunesien, Algerien und in der Türkei besucht und wird sich nächste Woche auch Flüchtlingslager im Libanon anschauen. Kiesewetter kritisierte, dass es in der Europäischen Union keine gerechte Verteilung der Flüchtlinge gebe. So lehne beispielsweise Großbritannien die Aufnahme von Flüchtlingen ab. „Wir haben 60 Millionen Flüchtlinge weltweit, davon 25 Millionen, die ihr Land verlassen, und 35 Millionen Binnen-

flüchtlinge.“ Und angesichts der Situation in Afrika meinte er: „Wir sind am Vorabend von dramatischen Entwicklungen.“

„Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz“, forderte Kiesewetter, denn Deutschland sei längst zum Einwanderungsland geworden. Es könne nicht sein, dass die Zuwanderung nach Deutschland nur über das Asyl komme. Deutschland habe 800 000 Asylbewerber, die geduldet seien: „Die müssen wir legalisieren. Die müssen Deutsch lernen dürfen, die brauchen einen Ausbildungsberuf.“

Besucher fordert Pavel-Rücktritt

Winfried Mack sprach sich dafür aus, dass in der LEA auch die Ausländerbehörde und das Verwaltungsgericht vor Ort sein sollten. In Bezug auf die Vielzahl von Flüchtlingen aus dem Westbalkan sollte man dort die Schotten dichtmachen, denn es bestehe keine Chance auf Anerkennung als Asylbewerber. Albanien, Kosovo und Montenegro sollten als sichere Herkunftsländer gelten, wie schon Bosnien-Herzegowina, Makedonien und Serbien. Mack rechnet mit weiteren Flüchtlingsströmen aus der Ukraine.

Auch auf das Thema Kriminalität ging der Landtagsabgeordnete ein: „Es gibt Einbruchsbanden, die nutzen

„Wir sind am Vorabend von dramatischen Entwicklungen“,

sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter.

die Flüchtlingsunterkünfte und lassen sich dort nieder. Wenn die Kiste heiß wird, sind die wieder weg.“ Und: „Wir haben ein gravierendes Sicherheitsproblem, und das muss angegangen werden.“ Den Sinti und Roma hingegen müsse man in ihren Ländern helfen: „Die müssen dort integriert werden. Das müssen wir ver-

langen, wenn diese Staaten in die EU kommen wollen.“

Angst vor einem Rechtsruck in der Bevölkerung

Ein Besucher forderte den Rücktritt von Landrat Klaus Pavel, „weil er der Brandstifter in dieser ganzen Angelegenheit ist“, eine Besucherin befürchtete wegen der Flut von Flüchtlingen einen Rechtsruck in der Bevölkerung.

Thematisiert wurden auch eine fehlende Hausordnung mit gewissen Sanktionen in der LEA und, dass Asylbewerber von Schrezheim nach Aalen mit dem Zug schwarzfahren. „Auf jedem Zeltplatz, in jeder Jugendherberge gibt es eine Hausord-

nung“, sagte Winfried Mack. „Wir in Schrezheim haben nichts gegen die Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten kommen“, sagte Ortsvorsteher Albert Schiele, doch die anderen verbreiteten Furcht und ein ungutes Gefühl. Die Belastung für die Ellwanger Bürgerschaft müsse erträglich sein, meinte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Ellwanger Gemeinderat, Rolf Merz.

„Es sind arme Menschen, und die müssen untergebracht werden“, meldete sich der einstige SPD-Stadtrat Hans Rieger zu Wort: „Ich habe das Gefühl, dass der Landtagswahlkampf bereits begonnen hat.“ Die Verbindung von Landtagswahl und LEA finde er geschmacklos, so Rieger.

Irritation: Pressevertreter werden bei Führung über das LEA-Gelände ausgeladen

ELLWANGEN (rim) - Bei der öffentlichen Führung des CDU-Stadtverbands über das Gelände der Landes-Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge (LEA) ist es am Mittwoch kurzzeitig zu Irritationen gekommen. Das Land wollte bei diesem Rundgang zunächst keine Pressevertreter zulassen. Die Entscheidung wurde noch am gleichen Tag – nach heftiger Kritik eines Pressevertreters – wieder rückgängig gemacht. Wie die Sprecherin des Regierungspräsidiums (RP), Nadine Hilber, am Donnerstag auf Nachfrage unserer

Zeitung klarstellte, sei es zu keinem Zeitpunkt darum gegangen, die Presse grundsätzlich auszusperrten. „Transparenz im Zusammenhang mit der LEA ist uns von Beginn an wichtig gewesen. Daran hat sich nichts geändert.“ Hintergrund der Überlegung sei gewesen, die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter, die aktuell am Anschlag arbeiteten, nicht zusätzlich durch Führungen und andere öffentliche Termine auf dem LEA-Areal zu belasten. „Die Situation ist in der LEA derzeit einfach angespannt. Wir wollten den Mitarbeitern deshalb lediglich

eine kurze Verschnaufpause gönnen.“ Außerdem sollten die Flüchtlinge, die in der momentan stark überbelegten LEA untergebracht sind, geschützt werden. Nichtsdestoweniger habe man beim RP auf die harsche Kritik, die es für diese Entscheidung von einem Pressevertreter gegeben hat, umgehend reagiert. Noch am Mittwoch habe Regierungspräsident Johannes Schmalzl verfügt, dass weiterhin sowohl Medienvertretern als auch der interessierten Öffentlichkeit Führungen über das LEA-Gelände angeboten werden.